

## Antrag

der Abgeordneten **Martina Fehlner, Ruth Müller, Horst Arnold, Margit Wild, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann und Fraktion (SPD)**

### Tierschutz in Bayern Teil I - Tierschutz bei Nutztiertransporten stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich auf EU Ebene für eine maximale Transportdauer von acht Stunden für Schlachtvieh einzusetzen.
- sich auf EU Ebene für ein Verbot der Lebendtiertransporte in Nicht-EU Staaten einzusetzen.
- sich auf Bundesebene für eine GPS-Pflicht für Nutztiertransporte einzusetzen.
- sich auf Bundesebene für eine Videoüberwachung der Verladung und Schlachtung in den Schlachthöfen einzusetzen.

#### Begründung:

Der Tierschutz wurde bereits 1998 als Staatsziel in der Bayerischen Verfassung verankert. Es wird höchste Zeit, dieses Staatsziel mit Leben zu füllen!

Die zum Teil erschütternden Berichte über Tierschutzskandale beim Verbringen von Nutztieren schockierten die Menschen und sind Mahnung, hier Verbesserungen herbeizuführen.

Aktuell gibt es wenige verlässliche Daten zu den Transporten, da viele Tiere über Mitgliedsstaaten abgefertigt werden, die in diesem Bereich eine wenig restriktive Handhabung der tierschutzrechtlichen Vorgaben an den Tag legen. Selbst das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz sieht aktuell erhebliche Probleme, wie eine Vertreterin im Ausschuss mit folgenden Worten am 07.05.2020 erläuterte: "Wo ein Nutztier nach dem Verlassen Bayerns tatsächlich ankäme, sei von Bayern aus nicht festzustellen, sondern nur zu vermuten. Nachdem der Staat keine Rechtshandhabe besitze, könne an die Wirtschaftsbeteiligten nur appelliert werden."

Aus diesem Grund sollte die EU-Ratspräsidentschaft dringend genutzt werden, um ein Verbot von Lebetiertransporten in Nicht-EU Staaten und eine maximale Transportdauer von acht Stunden herbei zu führen.

Darüber hinaus können die Videoüberwachung an den Schlachthöfen und die GPS Pflicht für Tiertransporte dazu beitragen, eventuelle Verfehlungen effektiv zu unterbinden.

## Antrag

der Abgeordneten **Martina Fehlner, Ruth Müller, Horst Arnold, Margit Wild, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann SPD**

### Tierschutz in Bayern Teil II - Förderung von Tierwohlmaßnahmen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Förderprogramm von Tierwohlmaßnahmen für Rinder-, Schweine- und Geflügelhaltung zu entwickeln und zu Beginn der kommenden Förderperiode anzubieten. Dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ist zeitnah über die Konzeption zu berichten.

#### **Begründung:**

Der Tierschutz wurde bereits 1998 als Staatsziel in der Bayerischen Verfassung verankert. Es wird höchste Zeit, dieses Staatsziel mit Leben zu füllen!

Die neue Programmperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik muss dazu genutzt werden, den Tierschutz in der Nutztierhaltung stärker als bisher zu berücksichtigen. Es bedarf dringend eines umfangreichen Programmangebots, welches über das bestehende Programm zur Sommerweidehaltung für Rinder hinaus geht.

Niedersachsen kann hier in bestimmten Bereichen mit seinen einjährigen Maßnahmen als Vorbild dienen. Mit den dortigen Tierwohl-Maßnahmen sollen Betriebe gefördert werden, die Sauen, Ferkel oder Mastschweine besonders tiergerecht halten. Dazu zählt insbesondere, auf das Kupieren, also das Kürzen, der Schweineschwänze zu verzichten bzw. die Haltungsbedingungen so zu verbessern, dass die Ringelschwänze der Tiere intakt und unversehrt bleiben. Durch die Förderung sollen die teilnehmenden Betriebe ihren dafür erforderlichen Mehraufwand entlohnt bekommen.

## Antrag

der Abgeordneten **Martina Fehlner, Ruth Müller, Horst Arnold, Margit Wild, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann SPD**

### **Tierschutz in Bayern Teil III - verpflichtende Kennzeichnung von Haltungformen und Herkunft bei Fleisch und Fleischprodukten**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes und EU-Ebene für eine verbindliche Herkunfts- und Haltungskennzeichnung für Fleisch und Fleischprodukte einzusetzen.

#### **Begründung:**

Der Tierschutz wurde bereits 1998 als Staatsziel in der Bayerischen Verfassung verankert. Es wird höchste Zeit, dieses Staatsziel mit Leben zu füllen!

Nur durch eine verbindliche Herkunftskennzeichnung von Fleisch und Fleischprodukten kann sich das Konsumverhalten von Verbraucherinnen und Verbrauchern verändern. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen erkennen können, unter welchen Bedingungen die Lebensmittel erzeugt wurden.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sollte dazu genutzt werden, hier eine europäische Lösung zu finden. Falls dies jedoch nicht gelingt, muss schnellstmöglichst eine bundesweite Verpflichtung eingeführt werden. Freiwillige Lösungen haben sich in der Vergangenheit nicht bewährt.

## Antrag

der Abgeordneten **Martina Fehlner, Ruth Müller, Horst Arnold, Margit Wild, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohlen, Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann SPD**

### **Tierschutz in Bayern Teil IV - staatliche Lehr- und Versuchsanstalten müssen Vorreiterrolle beim Tierschutz einnehmen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, für alle staatlichen Lehr- und Versuchsanstalten einen Tierschutzplan vorzulegen und bis zur Umsetzung dieser Planungen vollständig auf eine Gewinnabführung zu verzichten und stattdessen dafür Sorge zu tragen, dass die Umsetzung in den kommenden fünf Jahren abgeschlossen ist. Dem Landtag ist hierzu zu berichten.

#### **Begründung:**

Der Tierschutz wurde bereits 1998 als Staatsziel in der Bayerischen Verfassung verankert. Es wird höchste Zeit, dieses Staatsziel mit Leben zu füllen!

Die Tierschutzskandale an einem staatlichen Lehr- und Versuchsgut haben für großes Aufsehen gesorgt. Besonders die Aussage, dass die Gewinnabführungen notwendige Investitionen in den Tierschutz verhindert haben, waren entlarvend.

Die staatlichen Güter müssen ihrer Vorbildfunktion gerecht werden und schnellstmöglich entsprechend umrüsten. Hierzu ist ein Verzicht auf mögliche Gewinnabführungen, ein Plan der Investitionen und letztlich ein Finanzierungskonzept erforderlich.

## Antrag

der Abgeordneten **Martina Fehlner, Ruth Müller, Horst Arnold, Margit Wild, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann SPD**

### **Tierschutz in Bayern Teil V - Bayern muss Vorreiter bei den Alternativen zu Tierversuchen werden**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Kompetenzzentrum für Ersatzverfahren zum Tierversuch zu schaffen und entsprechende Lehrstühle zu installieren.

#### **Begründung:**

Der Tierschutz wurde bereits 1998 als Staatsziel in der Bayerischen Verfassung verankert. Es wird höchste Zeit, dieses Staatsziel mit Leben zu füllen!

Bayern gehört zu den drei deutschen Bundesländern mit den meisten Tierversuchen. Vor den bayerischen Landtagswahlen 2018 bekannte sich CSU in einem Wahlprüfstein der Organisation PETA zum 3R-Prinzip, das auf die Vermeidung, Verminderung und Verbesserung der Verwendung von Tieren zu Forschungszwecken zielt. Die CSU gab darin weiterhin an, es sei ihr langfristiges Ziel, Tierversuche komplett zu ersetzen sowie „die Entwicklung und Anerkennung von Ersatzmethoden zum Tierversuch weiterhin auf hohem Niveau zu fördern und möglichst auszubauen.“ Jedoch lässt sich nach verschiedenen Anfragen zu Folge in den vergangenen zehn Jahren kein Trend hin zu einer Reduzierung der Zahl an Tierversuchen erkennen.

Die Gründung eines Kompetenzzentrums wird dazu beitragen, die Reduzierung der Tierversuche einzuleiten und langfristig komplett zu ersetzen.